

WAS DER KEYNESIANISMUS ZUR ÜBERWINDUNG DER AKTUELLEN WIRTSCHAFTSSCHWÄCHE BEITRAGEN KANN

1. Einleitung	14
2. Keynes' „Allgemeine Theorie“ als theoretische Grundlage des Keynesianismus	15
3. Die Angebotsseite als offene Flanke	18
4. Bedeutungsverlust des Keynesianismus durch den Wechsel in den wirtschaftspolitischen Prioritäten	19
5. Schlägt das Pendel zurück?	21
6. Keynesianische Vorschläge zur Überwindung der aktuellen Wachstumsschwäche	21

Auszug aus WISO 1/2005

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

**Jürgen
Kromphardt***

**Professor em. an
der Technischen
Universität Berlin;
von 1999 bis 2004
Mitglied des Sach-
verständigenrates zur
Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen
Entwicklung**

* Ich danke Frau Dipl.-Volkswirtin Stephanie Schneider für wertvolle Anregungen und Kritik.

*The Lord gave us two eyes to watch both sides:
Supply and Demand.
(Paul Samuelson)*

1. Einleitung

*hartnäckige
Wachstums-
schwäche wird
bekämpft mit
Strukturenreformen*

Die aktuelle Wachstumsschwäche in Deutschland zeichnet sich durch hartnäckige Dauerhaftigkeit aus: Das reale Bruttoinlandsprodukt stagnierte drei Jahre; danach wuchs es unterhalb der Beschäftigungsschwelle. Die Wirtschaftspolitik reagierte auf die wachsende Zahl der Arbeitslosen mit Reformen der Arbeitsmarktstrukturen und auf die durch die wirtschaftliche Flaute verschärften finanziellen Probleme der Sozialsysteme mit strukturellen Reformen der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung. Entsprechende Reformen wurden ihr auch von der Wissenschaft dringend empfohlen, wie u. a. die letzten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bezeugen.

*Beschäftigungs-
wirkungen
blieben bisher
aus*

Grundlegende Erfolge auf dem Arbeitsmarkt hatten diese Reformen bislang nicht. Im Gegenteil: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland ist weiter gestiegen. Sie hat im Januar 2005 erstmals in der Nachkriegszeit die 5-Millionen-Grenze überstiegen, wobei der Anstieg nicht nur auf saisonale Effekte zurückgeht, sondern auch auf statistische Effekte der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger: Letztere lassen sich jetzt in großer Zahl (man schätzt diese auf ca. 230 Tsd. Personen) als arbeitslos registrieren.

*Könnte
keynesianische
Politik helfen?*

In dieser Situation, in der die angebotseitigen Reformen die Arbeitslosigkeit nicht verringern, vielleicht sogar erhöhen, stellen sich Ökonomen und Wirtschaftspolitiker verstärkt die Frage, ob der Keynesianismus einen Beitrag zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftsschwäche und dadurch auch zur

Sicherung der Sozialsysteme leisten kann. Für die Antwort müssen zunächst dessen theoretische Grundlage und deren wirtschaftspolitische Konsequenzen betrachtet werden.

2. Keynes' „Allgemeine Theorie“ als theoretische Grundlage des Keynesianismus

Der Keynesianismus betont bekanntlich die Wichtigkeit der Nachfrage. Seine Grundlage schuf Keynes vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, in deren Verlauf die Arbeitslosenquoten insbesondere in Deutschland (auf 30 %) und in den USA (auf 25 %) drastisch angestiegen waren. Keynes wurde damals klar: Seinen schon vorher (z. B. Keynes, 1933) gemachten wirtschaftspolitischen Vorschlägen fehlte ein theoretisches Fundament, das sich grundlegend von der herrschenden neoklassischen Theorie unterscheiden müsse. Das Ergebnis seiner theoretischen Analyse ist die „General Theory“ (Keynes, 1936), deren Inhalt vielfach als „Keynes'sche Revolution“ bezeichnet wird. Das zentrale Ergebnis seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ lautet: Die Zahl der Beschäftigten in einer Volkswirtschaft wird von dem Quantum an Gütern und Diensten bestimmt, das die Unternehmen erwarten verkaufen zu können; denn entsprechend dieser Erwartung produzieren sie und beschäftigen sie Arbeitskräfte. Entscheidend ist daher die *effektive Nachfrage*, mit der die Unternehmen tatsächlich rechnen und die sie ihrer Produktionsplanung zugrunde legen. Die effektive Nachfrage umfasst die inländische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern sowie die Nachfrage des Auslands. Nicht relevant ist dagegen die gewünschte Nachfrage bei gewünschtem Einkommen der Haushalte, von der die neoklassische Theorie ausgeht.

Keynes' Lehre aus der Weltwirtschaftskrise

Beschäftigung wird bestimmt durch effektive Nachfrage

Da die Haushalte einen Teil ihres Einkommens sparen, besteht eine Lücke zwischen der Nachfrage der Haushalte und der Produktion; diese muss durch Sachinvestitionen geschlossen werden, damit die Produktion insgesamt abgesetzt werden

Nachfragelücke muss durch Investitionen geschlossen werden

*Say'sches
Gesetz gilt nicht*

kann und die Produktions- und Beschäftigungspläne der Unternehmen nicht nach unten revidiert werden. Die neoklassische These, wonach diese Lücke gemäß dem Say'schen Gesetz dadurch geschlossen werde, dass der Zinssatz Investitionen und Ersparnis zum Ausgleich bringt, weist Keynes aus zwei Gründen zurück: Erstens wird der Zinssatz nicht durch Ersparnisse und Investitionen bestimmt, sondern durch Angebot und Nachfrage nach Geld. Dabei bestimmt die Zentralbank das Geldangebot, während die Geldnachfrage sich aus dem Bedarf an Geld für Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationszwecke ergibt. Zweitens hängen die Investitionen nicht allein vom Marktzins ab, sondern von der Differenz zwischen Marktzins und erwarteter Rendite; dies macht sie zur Quelle der Instabilität.

*auch flexible
Löhne
ersetzen die
Beschäftigungs-
politik nicht*

Die Auswirkungen von rückläufigen oder zu niedrigen Investitionen auf die Beschäftigung können vom privaten Sektor nicht endogen durch flexible Löhne ausgeglichen werden: Im Gegensatz zur neoklassischen Lehre, die in der Rigidität der Löhne nach unten die Ursache der Arbeitslosigkeit sieht und die beklagt, eine allgemeine Senkung der Nominallohne sei wegen des Widerstands der Gewerkschaften und der Arbeiter nicht durchsetzbar, hält Keynes eine allgemeine Lohnsenkung, selbst wenn sie möglich wäre, für ein ungeeignetes Mittel der Beschäftigungspolitik (u. a., weil sinkende Lohnneinkommen weniger Güternachfrage bedeuten):
„There is no ground for the belief that a flexible wage policy is capable of maintaining a state of continuous full employment ... The economic system cannot be made self-adjusting along these lines“ (Keynes, 1936, S. 267).

Richard Kahn, ein jüngerer Mitstreiter von Keynes, sieht hierin einen zentralen Punkt:

„Keynes was mainly concerned, in the General Theory, with the failure of economists and others to appreciate the reluctance of money wages to fall and to realize that even if they did fall,

unemployment would not be diminished, except in industries subject to competition with overseas suppliers“ (Kahn, 1978, S. 554).

Aus dem Fehlen eines endogenen Stabilisierungsmechanismus folgert Keynes (1936, S. 320), die Aufgabe, das Volumen der Investitionen zu steuern, könne nicht in privaten Händen gelassen werden. Vielmehr muss eine stabilisierende Geldpolitik betrieben werden. Allerdings werde die Geldpolitik nicht immer in der Lage sein, diese Steuerungsaufgabe erfolgreich zu übernehmen. So hatte Keynes in einem „Open Letter“ (1933) geschrieben: In der Depression sei der Versuch, durch bloße Vermehrung der Geldmenge Produktion und Einkommen zu steigern, mit dem Versuch vergleichbar, dadurch dicker zu werden, dass man sich einen längeren Gürtel kauft (Problem der Liquiditätsfalle – J. K.). Entscheidend sei es vielmehr, dass von dieser Geldmenge auch Gebrauch gemacht und mehr Geld für Güter ausgegeben wird.

*Investitionen
müssen durch
Geldpolitik
(soweit sie
wirksam ist) ...*

Wegen dieser Grenzen der Geldpolitik muss nach Ansicht von Keynes auch die Fiskalpolitik eingesetzt werden, um Einkommen und Beschäftigung zu stabilisieren. Zwar befürworteten damals viele Ökonomen öffentliche Ausgabenprogramme zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Diese Forderung ließ sich in der Zeit vor Keynes jedoch nicht aus der ökonomischen Theorie ableiten, sondern widersprach ihr. Blaug sieht hierin die Grundlage für den Erfolg von Keynes' Theorie (1978, S. 690/91):

*... oder
Fiskalpolitik
beeinflusst
werden*

„... the Keynesian Revolution succeeded because Keynes produced the policy conclusions most economists wanted to advocate anyway, but it produced these conclusions as logical inferences from a tightly knit if not always consistent theory, and not as endless epicycles on a full employment model of the economy.“

Die von Keynes geforderte Nachfragesteuerung wurde in der Nachkriegszeit als Instrument zur Dämpfung der Konjunkturschwankungen und zur Stabilisierung des Wachstumspfad

Nachfragesteuerung im Stabilitätsgesetz von 1967 verankert weitgehend akzeptiert. In Deutschland wurde sie im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 der Wirtschaftspolitik zusammen mit der Wahrung der Preisstabilität zur Aufgabe gemacht und von Wirtschaftsminister Schiller in den Jahren 1967 bis 1970 auch erfolgreich praktiziert. Allerdings gelang es ihm 1971 und 1972 nicht, die aufgrund der Hochkonjunktur notwendige restriktive Fiskalpolitik politisch durchzusetzen.

3. Die Angebotsseite als offene Flanke

Inflation kam überraschend ... Die Flexibilität, mit der sich die deutsche Wirtschaft – allerdings unterstützt durch den erheblichen Zustrom von ausländischen Arbeitskräften – bis dahin an die steigende Nachfrage angepasst und die Produktion ohne nennenswerte Inflation ausgeweitet hatte, ließ in jenen Jahren vergessen, dass neben der Nachfrageseite auch die Angebotsseite Probleme aufwerfen kann und dass man darauf vorbereitet sein muss. Die Inflation war jedoch schon vor 1968 in vielen Staaten ein Problem, in den USA insbesondere durch die Kreditfinanzierung des Vietnamkrieges in Zeiten hoher Beschäftigung. Sie wurde es weltweit im Anschluss an den ersten Ölpreisschock vom Herbst 1973, als sich durch die Maßnahmen der OPEC der Weltmarktpreis dieses wichtigsten Energieträgers vervierfachte. In Deutschland war die Inflationsrate schon vorher aufgrund der Vollbeschäftigung auf über 5 % gestiegen. Als dann im Frühjahr 1974 infolge der Energieverteuerung hohe Lohnsteigerungen vereinbart wurden, drohte eine sich beschleunigende Inflationsspirale.

... und war nicht ins Lehrgebäude integriert Diese inflationäre Entwicklung traf den Keynesianismus unvorbereitet. Dazu beigetragen hat die weit verbreitete Verengung der Theorie von Keynes auf das in den Lehrbuchdarstellungen zentrale IS/LM-Diagramm, das neben vielen anderen Schwachpunkten durch eine fehlende Integration der Inflationsproblematik gezeichnet ist. Diese Integration unterblieb, obwohl Keynes sich bereits im „Tract on Monetary Reform“ (1923) für die Preisstabilität als wirtschaftliches Ziel eingesetzt und 1940 Empfehlungen vorgelegt hatte, wie man

die während des Krieges zu befürchtende Nachfrageinflation bekämpfen und verhindern sollte, und obwohl in Schweden bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit diskutiert wurde, wie man bei Vollbeschäftigung Inflation vermeiden könne (s. Turvey, 1952).

Stattdessen wurde das Inflationsproblem separat anhand der Phillipskurve diskutiert, in der Phillips (1958) den Zusammenhang zwischen Lohnsteigerungen und Arbeitslosenquote dargestellt hatte und die von Samuelson/Solow (1960) auf die Beziehung zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote übertragen wurde. Die anschließend empirisch ermittelten Phillipskurven zeigten damals einen negativen Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote: Jahre mit niedriger Arbeitslosenquote wiesen eine relativ hohe Inflationsrate auf, Jahre mit höherer Arbeitslosenquote dafür eine niedrigere Inflationsrate. Ursache dafür waren die Unterschiede in der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften.

Inflation wurde separat diskutiert

Da man die Phillipskurve als zeitlich konstant ansah, schien die Wirtschaftspolitik vor eine schwierige Entscheidung gestellt, weil eine Senkung der Inflationsrate mit einer dauerhaft erhöhten Arbeitslosigkeit erkaufte werden müsste. Viele Keynesianer zogen diese Schlussfolgerung und schrakten deshalb vor einer restriktiven Politik zurück. Sie beachteten zu wenig die Möglichkeit, die strukturellen Komponenten der Arbeitslosigkeit zu verringern und zusätzlich das eingespielte Verhalten der lohn- und preissetzenden Akteure zu verändern, um dadurch die Phillipskurve mittelfristig nach links bzw. unten zu verschieben.

Phillipskurve wurde zu statisch interpretiert

4. Bedeutungsverlust des Keynesianismus durch den Wechsel in den wirtschaftspolitischen Prioritäten

Angesichts der steigenden Inflationsraten setzten sich in der Wirtschaftspolitik Strömungen durch, die die Prioritäten drastisch änderten: Die Inflationsbekämpfung rückte eindeutig in den Vordergrund; das Beschäftigungsziel wurde als sekundär

Inflationsbekämpfung erhielt erste Priorität

betrachtet. Diese Neubewertung der wirtschaftspolitischen Ziele wurde dadurch erleichtert, dass Milton Friedman (1968) den Monetarismus als theoretische Gegenposition etablierte. Im Rahmen dieser von ihm (1970) auch so benannten „monetaristischen Gegenrevolution“ konzedierte er zwar, Geldmengenänderungen führten kurzfristig zu Produktionsänderungen, aber er behauptete, diese seien nur vorübergehend. Langfristig habe die Geldpolitik keine reale Wirkung. Deshalb werde eine Bekämpfung der Inflation zwar kurzfristig zu Einbußen bei Produktion und Beschäftigung führen, nicht aber auf Dauer.

*Bundesbank
schwenkte auf
restriktive
Geldpolitik*

Friedman machte es den Notenbanken leicht, die Inflation zu bekämpfen, ohne wegen möglicher negativer Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung große Bedenken zu haben. Die Deutsche Bundesbank reagierte als Erste mit massiven restriktiven Maßnahmen auf die Inflation; die Arbeitslosigkeit stieg rasch an, erwies sich aber als dauerhaft. Die Prognose der Monetaristen trat also nicht ein. Andere Notenbanken schlugen dieselbe Strategie ein, mit ähnlichen Ergebnissen. Trotz dieser Erfahrungen wurde die monetaristisch begründete Strategie weiterhin überwiegend begrüßt, weil das Ziel Vollbeschäftigung in den Hintergrund gerückt war. Das Ziel der Preisstabilität ist inzwischen in den meisten Industriestaaten erreicht, begünstigt durch Globalisierung, offene Handelsgrenzen, scharfen Wettbewerb, technischen Fortschritt und nicht zuletzt die hohe Arbeitslosigkeit.

*Monetarismus
diskreditierte
den Nachfrage-
aspekt*

Auch sein wirtschaftstheoretisches Ziel, die keynesianische Betonung der Nachfrageseite zu diskreditieren, konnte der Monetarismus verwirklichen. Insbesondere in Deutschland wird die angebotsökonomische Position weiterhin fast dogmatisch vertreten, wonach die Nachfrage entweder gar keine oder nur eine sehr kurzfristige Rolle spielt, sodass man ihre Entwicklung nicht weiter beachten muss. So werden z. B. in der deutschen Diskussion über die Modifikationen des Stabilitätspakts vor allem die möglichen negativen Auswirkungen auf das Vertrauen in die Stabilität des Euro oder die

zunehmende Zinsbelastung hervorgehoben; es bleibt aber unterbelichtet, dass stabile Staatsausgaben eine stabile Güternachfrage darstellen. Inzwischen treten jedoch selbst in Deutschland Zweifel auf, ob die Ausblendung der Nachfrage nicht ein Fehler sei.

5. Schlägt das Pendel zurück?

Die erfolgreiche Makropolitik in den USA, wo die aktive Geldpolitik des Notenbankchefs Alan Greenspan zu weit höheren Wachstumsraten führt, als man sie in Deutschland beobachten kann, und die erfolgreiche Fiskalpolitik in Großbritannien, die von 1992 bis 1994 zur Bekämpfung der Rezession jährliche Budgetdefizite von zwischen 6,3 und 7,8 % zuließ, trugen zur Renaissance keynesianisch inspirierter theoretischer Überlegungen im angelsächsischen Raum bei. Dort hat die „Neue Keynesianische Ökonomie“ (New Keynesian Economics) längst Fuß gefasst und dominiert mit ihrer Betonung der Nachfrage die wirtschaftspolitische Diskussion. Diese neue Variante des Keynesianismus hat zahlreiche Gründe dafür zusammengetragen, dass die Geldpolitik auch dauerhafte reale Wirkungen hat. Vor allem eine hohe Arbeitslosigkeit ruft solche Dauerfolgen aufgrund der Tendenzen zu ihrer strukturellen Verfestigung hervor, insbesondere wenn sie zu hoher Langzeitarbeitslosigkeit führt; denn Personen, die lange Zeit aus dem Beschäftigungssystem herausgefallen sind, verlieren nicht nur Selbstvertrauen, sondern auch ihre erworbenen Fähigkeiten, die überdies wegen des technischen Wandels obsolet werden (für einen Überblick über diese und andere Ursachen dauerhafter realer Wirkung der Geldpolitik siehe die Einleitung zu Mankiw/Romer, 1991).

*aktive
Nachfragepolitik
in USA und
Großbritannien*

*„Neue
Keynesianische
Ökonomie“*

6. Keynesianische Vorschläge zur Überwindung der aktuellen Wachstumsschwäche

Ich behandelte im Folgenden fünf wichtige Aspekte, die Keynesianer in die Diskussion einbringen können, die immer die Angebots- und Nachfrageseite im Auge behalten.

6.1. Drängen auf eine bessere Makropolitik

*für Deutschland
enge Grenzen
der Geld-
politik ...*

Geld- und Fiskalpolitik sollten so weit wie möglich die Nachfrageentwicklung positiv beeinflussen. So gute Vorbilder dafür in den USA und in Großbritannien zu finden sind, so geringe Chancen bestehen in der deutschen Wirtschaftspolitik angesichts ihrer Einbettung in die Europäische Union. Für die Geldpolitik ist nur noch die Europäische Zentralbank zuständig, die sich an der durchschnittlichen Entwicklung im gesamten Euroraum orientieren muss, weshalb ihre Geldpolitik für Deutschland mit seiner besonders schwachen wirtschaftlichen Entwicklung zu restriktiv ist: Die erwartete Inflationsrate liegt in der Nähe von 1,5 % und böte Spielraum für eine expansive Geldpolitik. Davon kann die EZB jedoch keinen Gebrauch machen. Durch die niedrige Inflationsrate ist in Deutschland auch der Realzins höher als im europäischen Durchschnitt, was die Investitionstätigkeit negativ beeinflusst.

*... und der
Fiskalpolitik*

In der Fiskalpolitik haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion die Hände durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt selbst gebunden, insbesondere weil immer wieder versucht wird, die 3-Prozent-Grenze für die Neuverschuldung als eine absolute, nicht überschreitbare Grenze zu interpretieren, obwohl dies nicht dem Wortlaut des Maastricht-Vertrags und des Stabilitätspakts entspricht. Allerdings hatten die Väter des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht mit einer mehrjährigen Stagnation gerechnet, wie sie Deutschland jetzt durchlebt hat, sondern berücksichtigten in ihren Formulierungen nur kurzfristige drastische Einbrüche in der wirtschaftlichen Entwicklung. Inzwischen scheint es wenigstens Mehrheitsmeinung zu sein, dass die Defizitgrenze nur über einen gesamten Konjunkturzyklus hinweg einzuhalten ist. Dies erlaubt zumindest ein Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren, was vor ein bis zwei Jahren noch strittig war. Zugleich wird die Hoffnung erweckt, die Fiskalpolitik werde sich als beschäftigungspolitisches Instrument reaktivieren lassen, indem stagnative Phasen als verlängerte Rezession begriffen und akzeptiert werden. Angesichts der erreichten Verschul-

derung sind jedoch – unabhängig von den Festlegungen im Vertrag von Maastricht und im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt – einer expansiven Fiskalpolitik enge Grenzen gesetzt.

6.2. Begrenzung der kapitalgedeckten Säule der Sozialversicherungen

Die deutschen Sozialversicherungssysteme sind im Wesentlichen umlagefinanziert. Es ist sinnvoll, sie in der Rentenversicherung durch eine kapitalgedeckte Säule zu ergänzen. In einer Phase wie der jetzigen in Deutschland, in der die Investitionen des Unternehmenssektors sogar etwas niedriger ausfallen als seine Ersparnisbildung, sodass die öffentlichen Haushalte und das Ausland sich mindestens in Höhe der Ersparnisse der privaten Haushalte verschulden müssen, sind Vorschläge kritisch zu betrachten, die auf eine noch höhere Ersparnisbildung der privaten Haushalte abzielen. Die Kapitaldeckung ist unter Nachfrageaspekten nur so lange unbedenklich, wie die Haushalte ihre Beiträge zu dieser zweiten Säule im Wesentlichen durch Umschichtung ihrer Sparanlagen erbringen. Haushalte mit niedrigem Einkommen und einer Ersparnis von null können dies nicht.

*Beiträge zur
Kapitaldeckung
durch
Umschichtung
der Sparanlagen*

6.3. Verzicht auf eine falsche Beeinflussung des Lohnniveaus

Grundlage vieler aktuell diskutierter und umgesetzter Vorschläge ist die Vorstellung, in Deutschland seien die Löhne (genauer: die Arbeitsentgelte, also die Bruttolöhne zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge) zu hoch. Diese Aussage ist in dieser Allgemeinheit und auf den Durchschnitt bezogen nicht zutreffend. Zum einen ist Deutschland international wettbewerbsfähig, wie die deutschen Exportüberschüsse zeigen; auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat dies in seinem Jahresgutachten 2004/05 ausführlich und überzeugend nachgewiesen. Zum anderen ist das durchschnittliche Lohnniveau auch relativ zum Preis-

*Deutschland ist
wettbewerbsfähig,
Gewinne sind
hoch*

niveau nicht überhöht, denn die Unternehmen melden überwiegend zunehmende Gewinne und der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen steigt aufgrund der zurückhaltenden Lohnentwicklung. Die Investitionen der Unternehmen sind dennoch seit 2000 real kräftig gesunken. Dabei mangelt es nicht an eigenen Mitteln des Unternehmenssektors. Im Jahr 2003 z. B. erreichen die Investitionen der produzierenden Unternehmen, und zwar einschließlich der Investitionen im Ausland, nicht einmal die Summe aus deren Gewinnen und Abschreibungen. Die Unternehmen haben also nicht etwa nur im Inland zu wenig investiert, sondern insgesamt.

Die zurückhaltende Lohnentwicklung, die für die letzten Jahre auch vom Sachverständigenrat konstatiert wird, hat also den Rückgang der Investitionen nicht verhindern können, sie hat aber gleichzeitig den privaten Konsum stark abgebremst; er lag 2003 real nur um 1,0 % über dem Wert von 2000, in den USA beläuft sich der Anstieg auf 9,1 %, für die EU-15 auf 4,3 %.

Lohnzurückhaltung bringt nichts für die Beschäftigung

Insgesamt war die Lohnzurückhaltung für die Binnenkonjunktur kontraproduktiv; sie stellt keinen Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik dar. Dies gilt noch mehr für die Senkung der Stundenlöhne durch Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich; denn dadurch steigt das Arbeitsangebot der bereits Beschäftigten; die Arbeitslosen gehen mit Sicherheit leer aus. Vermutlich werden sogar Arbeitskräfte überflüssig und werden entlassen.

6.4. Akzeptanz einer notwendigen weiteren Spreizung der Bruttolohnstruktur

Spreizung der Lohnstruktur mit Entlastung niedriger Einkommen verbinden

Da technischer Fortschritt und zunehmende internationale Arbeitsteilung gemeinsam dazu führen, dass im produzierenden Gewerbe besonders viele Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Arbeitnehmer abgebaut werden, ist ein Ausgleich für diese Erwerbspersonen nur möglich, wenn im Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze für sie entstehen. Dies erfordert – trotz der tendenziellen Umschichtung der Nachfrage zu den

Dienstleistungen – angesichts der begrenzten Bereitschaft der Nachfrager, Dienstleistungen teuer zu bezahlen, dass die entsprechenden Dienstleistungen preiswert angeboten werden. Dafür müssen die Arbeitskräfte bereit sein, schlecht bezahlte Arbeitsplätze anzunehmen. Die Hartz-IV-Gesetze üben starken Druck auf die Arbeitnehmer aus, dies zu tun. Dabei wird die Vorschrift, wonach man auch untertariflich bezahlte Arbeitsplätze annehmen muss, um weiterhin in den Genuss staatlicher Sozialleistungen zu gelangen, dazu führen, dass in vielen Fällen die Nettoeinkommen bei den derzeit geltenden Sozialabgabebesätzen immer mehr in die Nähe des Existenzminimums rücken. Deshalb ist es erforderlich, die Belastung mit Sozialabgaben bei den Beziehern niedriger Einkommen abzumildern, indem die volle Abgabenlast von insgesamt 42 % nicht mehr sofort nach Überschreiten der 400-Euro-Grenze bzw. der 800-Euro-Gleitzone einsetzt. Diskussionswürdig ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag des DGB, die bisherige Freigrenze von 400 Euro in einen Freibetrag umzuwandeln (eventuell bei einer etwas niedrigeren Grenze); denn die bisherige Konstruktion begünstigt die Schaffung von Minijobs unter 400 Euro und dabei unsinnigerweise vor allem die Nebentätigkeit von Rentnern, Schülern und Studierenden, die keine beschäftigungspolitisch relevanten Gruppen darstellen, wie auch der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten (Ziffer 679) feststellt.

6.5. Ausweitung der Teilzeitarbeit

Die Durchsetzung einer allgemeinen Verkürzung der wöchentlichen oder monatlichen Arbeitszeit war zwar nie falsch, solange sie im Rahmen der Produktivitätssteigerung erfolgte und nicht zu einer Erhöhung der Lohnkosten führte. Dies wird in der wirtschaftstheoretischen Diskussion jedoch immer wieder behauptet, obwohl die empirische Evidenz überwiegend positive Beschäftigungseffekte einer solchen Arbeitszeitverkürzung findet (s. Barth/Zika, 1996, sowie verschiedene Beiträge in Hampe, 1993). Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung trägt allerdings strukturellen Aspekten zu wenig Rechnung,

*generelle
Arbeitszeit-
verkürzung zu
wenig flexibel*

nämlich weder den Unterschieden in den individuellen Präferenzen noch dem unterschiedlichen Knappheitsgrad von qualifizierter im Vergleich zu wenig qualifizierter Arbeit. Überdies erlaubt sie, solange sie sich strikt auf die Wochenarbeitszeit bezieht, keinen Ausgleich saisonaler oder anderweitig bedingter Schwankungen in der Nachfrage nach Arbeit in einem Betrieb. Dies leisten allerdings die inzwischen weit verbreiteten Jahresarbeitszeitkonten.

Teilzeitarbeit ist günstiger; Vorbild Niederlande Vorzuziehen ist daher eine flexiblere Maßnahme, nämlich die Ausweitung der Teilzeitarbeit. Diese Maßnahme ist auf die Kooperation von Angebots- und Nachfrageseite angewiesen; die Niederlande geben ein überzeugendes Beispiel dafür ab, dass diese möglich ist: In ihrer Übereinkunft von Wassenaar trafen die dortigen Tarifparteien und der Staat bekanntlich gemeinsam Vereinbarungen, wie die Beschäftigungssituation der Niederlande verbessert werden kann. Kernpunkt war die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Lohnzurückhaltung, die in einer kleinen offenen Volkswirtschaft sinnvoll sein kann, und im Gegenzug die Bereitschaft der Unternehmen, in großem Umfang Teilzeitarbeitsplätze anzubieten. Von staatlicher Seite wurde diese Übereinkunft erleichtert durch Regelungen für die Sozialversicherungen, nach denen die Ansprüche der von Teilzeitarbeit Betroffenen nicht proportional mit der Verkürzung der Arbeitszeit reduziert werden. Jede der drei beteiligten Parteien hat also einen Beitrag versprochen und geleistet; der Erfolg für die Beschäftigung war immens; die Arbeitslosenquote sank zwischen 1993 und 2003 von 9,2 % auf 6,2 %.

deutsche Arbeitgeber zu wenig kooperativ Leider fehlt es in Deutschland an der Bereitschaft der Arbeitgeberverbände, entsprechende Verpflichtungen für ihre Mitgliedsfirmen einzugehen. Dabei zeigt das Beispiel der Niederlande, dass auch dann, wenn die Mitgliedsfirmen rechtlich nicht gezwungen werden können, solche Verpflichtungen einzuhalten, eine deutliche Verhaltensänderung bewirkt werden kann, wenn wirklich alle Beteiligten gemeinsam das Beschäftigungsziel so ernst nehmen, wie dies in den Niederlanden der Fall war. In Deutschland dagegen möchten offenbar zumindest einige

Vertreter der Arbeitgeberseite die Schwäche der Gegenseite aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit ausnutzen, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die Gewerkschaften entscheidend zu schwächen. Musterbeispiel dafür ist die Forderung des bisherigen Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, die Mitbestimmung als Irrtum der Geschichte anzusehen und entsprechend abzuschaffen.

Abschließend möchte ich betonen, dass auch in anderen Bereichen wirtschaftspolitischer Reformen eine Beachtung der Angebots- und der Nachfrageseite notwendig und hilfreich ist.

Literatur:

- Barth A., Zika, G., Volkswirtschaftliche Effekte einer Arbeitszeitverkürzung. Eine Simulationsstudie für Westdeutschland mit dem makroökonomischen Modell Sysifo, in: MittAB, 1996, S. 179–202.
- Blaug, M., Economic Theory in Retrospect, 3. Aufl. London, 1978.
- Friedman, M., The Role of Monetary Policy, in: The American Economic Review, Vol. 58, 1968, S. 1–17.
- Friedman, M., The Counter-Revolution in Monetary Theory. Institute of Economic Affairs, Occasional Paper 33, London, 1970. Deutsch in: Die Gegenrevolution in der Geldtheorie, in: P. Kalmbach (Hrsg.), Der neue Monetarismus, München, 1973.
- Hampe, P., (Hrsg.), Zwischenbilanz der Arbeitszeitverkürzung, München, 1993.
- Kahn, R., Some Aspects in the Development of Keynes' Thought, in: Journal of Economic Literature, Bd. 16, 1978.
- Keynes, J. M., A Tract on Monetary Reform, 1923.
- Keynes, J. M., Open Letter to President Roosevelt, 1933. Abgedruckt in: Collected Writings of J. M. Keynes, Vol. XXI, S. 289–297.
- Keynes, J. M., The General Theory of Employment, Interest and Money. London, 1936.
- Keynes, J. M., How to Pay for the War. London, 1940.
- Mankiw, G., Romer, D. (Hg.), New Keynesian Economics. 2 Volumes, Cambridge, Mass./London, 1991.
- Phillips, A. W., The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861–1957, in: *Economica*, Vol. 25, 1958, S. 283–299.
- Samuelson, P., Solow, R., Analytical Aspects of Anti-Inflation Policy, in: The American Economic Review, Vol. 50, 1960, S. 177–194.
- Turvey, R. (Hrsg.), Wages Policy under Full Employment, London, 1952.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at